

Wie Lauterbach eine Angstkampagne für junge Leute durchsetzte

Elke Bodderas, Benjamin Stibi :: 25.8.2023



welt+ Corona-Expertenrat

Von [Elke Bodderas](#), [Benjamin Stibi](#)



Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD)

Quelle: bgblue/Getty Images; Frank Hoermann/picture alliance/SvenSimon; Carsten Koall/picture alliance/dpa; Montage: Infografik WELT

Protokolle aus dem Bundeskanzleramt belegen, wie Gesundheitsminister Lauterbach seinen Expertenrat dominierte. Er setzte durch, dass Heranwachsende per „Furchtappell“ zum Impfen aufgefordert wurden – und befürwortete, dass die Runde auf ein abschließendes „Lessons Learned“ verzichtete.

Am 29. August 2022 kommt der Corona-Expertenrat der Bundesregierung zu seiner 27. Sitzung zusammen. Es ist eine ganz besondere Zusammenkunft hinter verschlossenen Türen, an die sich einige Mitglieder bis heute detailscharf erinnern. Die Runde hat an diesem Tag hohen Besuch, Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) ist anwesend sowie Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt (SPD), beide als Gäste. Lauterbach macht vor der Runde klar, wie er Jugendliche und junge Erwachsene zu zusätzlichen Impfungen

bewegen will: Er plant, sie mit einem „Furchtappell“ in Schrecken zu versetzen, der „jüngere Personen für die Folgen einer Long Covid Infektion sensibilisiert“.

WELT liegen alle Sitzungsprotokolle des Expertenrats vor. In der Niederschrift von eben jenem Treffen ist auch festgehalten, was die Mitglieder des Expertenrats von Lauterbachs Idee hielten. Der Minister als Kinderschreck, das war mit den beratenden Experten nicht zu machen. „Der Expertenrat kritisiert den Furchtappell“, vermerkt das Protokoll. Doch Lauterbach lässt sich nicht beirren. Wenige Wochen später präsentiert er die Autorin [Margarete Stokowski](#) in der Bundespressekonferenz. Als Zeugin und mahnendes Beispiel schildert sie im Rahmen der just aufgesetzten Lauterbach-Kampagne „Ich schütze mich“ mit bewegenden Worten ihr Leid als junges Long-Covid-Opfer.

Warum Lauterbach den Rat seines Expertenstabs beiseiteschob, beschreibt das Ministerium auf WELT-Anfrage so: „Die Gespräche mit dem Expertenrat waren dazu da, kontroverse Positionen auszutauschen und zu zielführenden Entscheidungen zu kommen.“ Alle Seiten seien sich einig gewesen, auch Heranwachsende „für die Gefahren einer COVID-Erkrankung zu sensibilisieren.“

Andreas Radbruch, Seniorprofessor für Immunologie an der Berliner Charité und bis zu seiner Emeritierung im Mai Direktor der Deutschen Gesellschaft für Immunologie, hält die Aktion für abwegig, sie habe weder Sinn noch Zweck. Zwar könne für Menschen über 60 oder mit Vorerkrankungen eine 4. Impfung empfehlenswert sein, so Radbruch. Bei Heranwachsenden hält er sie aber für völlig unangebracht: „Fast 90 Prozent der Heranwachsenden waren damals durch Impfungen geschützt, rund 50 Prozent, inzwischen wahrscheinlich sehr viel mehr, waren zusätzlich durch eine überstandene Infektion immunisiert.“ Mehr Schutz sei kaum möglich.

Ein Jahr Arbeit an „Lessons Learned“

Radbruch, der für WELT die Protokolle sichtete, deckte noch weitere Ungereimtheiten der Runde auf. So sei den Experten offenkundig nicht klar gewesen, „dass die Impfung zwar einen Schutz vor schwerer Erkrankung bietet, aber eben nur begrenzt vor Ansteckung schützt“. Ein anderes Beispiel fand Radbruch bei der Empfehlung zur vierten Impfung, vor allem für medizinisches Personal. „Dabei verkennen sie, dass das Immunsystem sich an den Impfstoff gewöhnt und es eine erneute Immunantwort verhindert.“ Offenbar wusste niemand im Kreis der Regierungsexperten von diesem Effekt, dass eine vierte Impfung faktisch kaum noch Wirkung entfaltet.

Der Corona-Expertenrat versorgte die Bundesregierung 16 Monate lang mit Empfehlungen zur Lage, nach dem Regierungswechsel hatte Kanzler Olaf Scholz (SPD) ihn eingerichtet. Der Rat bestand aus 19 Mitgliedern. Die Virologen Christian Drosten und Hendrik Streeck gehörten dazu sowie auch Thomas Mertens, Chef der Ständigen Impfkommision (Stiko), Lothar Wieler, Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI) und die Virologin Melanie Brinkmann (Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung), die Physikerin Viola Priesemann (Max-Planck-Institut) sowie der Intensivmediziner Christian Karagiannidis (Divi-Intensivregister).

Noch während der Pandemie wurde den Experten bewusst, dass es hinterher einen Schlusstrich geben müsse, eine Bilanz der Fehler, Missstände, auch der richtigen Entscheidungen für künftige Fälle. Der Rat

arbeitete fast ein Jahr lang an diesem „Lessons Learned“-Bericht, der jedoch nie veröffentlicht wurde. Grund waren interne Meinungsverschiedenheiten, wie WELT im Gespräch mit einzelnen Ratsmitgliedern erfuhr.

Die Protokolle zeigen, wie im Laufe der Zeit der Widerstand gegen eine kritische Aufarbeitung wuchs. Nach dem Startschuss in der 20. Sitzung im Mai 2022 gab es drei Sitzungen später schon einen ersten groben Entwurf. Doch dann wenden sich die Experten am 28. Juni 2022 plötzlich ab. Wegen der „begrenzten zeitlichen Kapazität“ und „dem vorhandenen Personalkörper“ sei „eine umfassende Lessons Learned Evaluation kaum möglich“.

Ganz begraben ist das Thema aber dennoch nicht: Im Januar 2023 folgt der nächste Anlauf. In seiner vorletzten Sitzung, so ist es im Protokoll vermerkt, erachtet das Gremium eine Stellungnahme für sinnvoll, die „zentrale Stellschrauben in der Pandemiebekämpfung benennt“. Das Ziel: Erstellung einer „Checkliste aus den wichtigsten Entwicklungsschritten im Pandemieverlauf“, um die „gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Pandemie zu befruchten“.

Die Experten wollten betonen, wie wichtig für die Pandemiebekämpfung eine „fokussierte Test- und Impfstoffentwicklung“ sowie das Herstellen einer „frühen gesellschaftliche(n) Impfbereitschaft“ seien. Bis März wolle man damit fertig sein.

Doch auch das sollte wieder nicht klappen. Der Chef des Expertenrats und Charité-Vorstand Heyo Kroemer lässt per Mail über das Papier abstimmen. Am 31. März schickt Kroemer das Ergebnis: „Mit meiner letzten Mail hatte ich Sie um Ihre Meinung gebeten, ob wir eine abschließende ‚lessons learned‘ Stellungnahme entwerfen wollen. Auf die Anfrage haben 10 Mitglieder der Kommission geantwortet, davon waren acht eher gegen eine Stellungnahme und zwei dafür.“

In der letzten Sitzung am 4. April 2023 - zu Gast ist der Bundesgesundheitsminister – fällt dann der endgültige Beschluss: „Eine abschließende Lessons-Learned-Stellungnahme wird von den meisten Mitgliedern und auch BM Lauterbach abgelehnt, da die umfassende wissenschaftliche Bewertung innerhalb kurzer Zeit und mit den Ressourcen des Gremiums nicht möglich erscheint.“

„Das ist völlig weltfremd“

Der Epidemiologe [Klaus Stöhr](#) hält das für „völlig weltfremd. Man hätte eine umfassende Aufarbeitung zumindest anmahnen müssen oder doch zumindest eine teilweise Analyse vornehmen können“, so Stöhr gegenüber WELT, „es sei denn, man möchte nicht, dass aus den Fehlern gelernt werden soll.“

Auf Anfrage heißt es vom Bundesgesundheitsministerium, die Bundesregierung habe die Lehren aus der Pandemie bereits gezogen. Die Früherkennung sei verbessert, die Meldewege digitalisiert, die Produktionskapazitäten für Impfstoff gesteigert, eine Long Covid-Kampagne gestartet. Man trete international für „angepasste Reaktionsmechanismen“ ein.

Auffällig an allen Expertenrats-Protokollen ist, dass Fragen, die die Öffentlichkeit am meisten bewegt haben, kaum thematisiert wurden. Darunter etwa: Wie konnte es sein, dass Deutschland mit Schulschließungen, Maskenpflicht für Kinder und [2G-Regeln](#) härteste Maßnahmen verhängte und trotzdem nur mittelmäßig

erfolgreich war? Warum wurde das Parlament bei wichtigen Entscheidungen übergangen, warum Grundrechte beschnitten? Wie konnte es passieren, dass Alte und Kranke in Heimen isoliert waren, dass in den Kliniken [Sterbende allein in den Tod gehen mussten](#)? Warum hielt Deutschland so lange an dem Glauben fest, es könne eine Herdenimmunität geben?

Mit Blick auf die überstandene Katastrophe wird es in den Schlusssätzen des letzten Protokolls fast schon besinnlich. Die rückblickende Bewertung der Pandemie verlaufe in der Öffentlichkeit „sehr subjektiv und oft stark verzerrt“, heißt es da, und zwar „in Abhängigkeit vom Impfstatus“. Und noch etwas ist den Experten aufgegangen, dass die Sache offenbar noch nicht zu Ende sein kann. Das Protokoll vermerkt, hier liege noch enormes „Aggressionspotential“.

ND

[Norbert D.](#)

vor 6 Minuten

Ohne einen eigenen Impfstoffhersteller im Lande, wäre auch in Deutschland, wie in den meisten europäischen Ländern die Pandemie ca. 6 Monate früher beendet worden. Lauterbach hat im Prinzip nur Studien gelten lassen, die auf mehr Impfungen hinzielten. Unabhängig was man von der Impfung hält, viele sind unnötig geimpft worden. Diese Pandemie wurde wirtschaftspolitisch gesteuert.

[←ANTWORTEN](#) [↑LINK](#) [!MELDEN](#) [♡ 2](#)

GW

[Gerd W.](#)

vor 6 Minuten

Meines Erachtens muss ein Untersuchungsausschuss evaluieren, wer angeklagt werden kann. Hier kann man nicht zur Tagesordnung übergehen, nachdem nun sichtbar wird, was unseren Kindern angetan wurde. Ich hoffe, die AFD bekommt in Thüringen nächstes Jahr hierfür genug Stimmen.

[←ANTWORTEN](#) [↑LINK](#) [!MELDEN](#) [♡ 2](#)

SS

[Sabina S.](#)

vor 7 Minuten

Frau Stokowski hat in der merkwürdigen Werbe-Pessekonferenz gesagt, dass sie nach der Impfung an C. erkrankt und nicht mehr gesund geworden sei. In der ungekürzten Fassung der Konferenz ist diese Aussage

zu finden. Ich hoffe, dass es ihr inzwischen wieder besser geht.

[←ANTWORTEN](#) [↑LINK](#) [!MELDEN](#) [♡ 1](#)

SK

[Stephanie K.](#)

vor 7 Minuten

Am schlimmsten finde ich tatsächlich, dass die Regierung Dinge beschlossen hat, die nicht rückholbar sind. Menschen alleine sterben zu lassen ist sicherlich das Schlimmste. Aber auch Vätern zu verweigern, bei der Geburt ihres Kindes dabei zu sein. Einschulungen von Erstklässlern, die ihre Eltern nicht mitnehmen durften. Abitur ohne Party. Nicht rückholbar. Und unverzeihlich.

[←ANTWORTEN](#) [↑LINK](#) [!MELDEN](#) [♡ 3](#)

PL

[Peter L.](#)

vor 16 Minuten

Der Richter Dettmar in Weimar, der mit seinem mutigen Urteil zum Verbot von Masken in Schulen diesen Wahn bremsen wollte, wird wegen Rechtsbeugung verurteilt! Und dieser sogenannte Expertenrat macht sich still und leise davon, ohne Rechenschaft ablegen zu müssen!

[←ANTWORTEN](#) [↑LINK](#) [!MELDEN](#) [♡ 15](#)

AB

[Axel B.](#)

vor 17 Minuten

Ich bin immer noch der Meinung, die durch den Artikel nur weiter bestätigt wird, dass Herr Lauterbach und seine Kommissionsexperten mit mindestens 5 Jahren Haft bestraft werden müssten, was sie den Menschen angetan haben. Kein Mensch hat wegen der Zwangsmassnahmen signifikant länger überlebt, aber viele tragen lebenslang Folgen davon. Das Corona-Regime ist bis jetzt nicht zur Rechenschaft gezogen worden, ein Unding!

[←ANTWORTEN](#) [↑LINK](#) [!MELDEN](#) [♡ 18](#)

H

[HvBresenfeld](#)

vor 24 Minuten

Überrascht das irgend jemanden? Es wird in absehbarer Zeit und mit dem handelnden Personal keine wirkliche Aufarbeitung geben. Die hier genannten Vorschläge laufen ja auf das selbe, fatale, Muster hinaus: Impfen, so schnell wie möglich. Freuen kann sich die Pharma-Industrie. Übrigens: beim Beispiel Frau Stochowski, die gute war - natürlich - drei Mal geimpft, und bekommt dann Long-Covid: alles klar!
